



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Provisorisches Beschluss-Protokoll

der 9. Sitzung, Amtsjahr 2008-2009

Mittwoch, den 12. November 2008, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Roland Stark, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär
Sabine Canton, II. Ratssekretärin a.i.*

Abwesende:

12. November 2008, 09:00 Uhr *Beatrice Alder (Grünes Bündnis), Sibel Arslan (Grünes Bündnis), Claude François Beranek (LDP), Stephan Ebner (CVP), Christian Egeler (FDP), Sebastian Frehner (SVP), Tommy Frey (SVP), Brigitte Hollinger (SP), Rolf Jucker (FDP), Hans Rudolf Lüthi (DSP), Peter Malama (FDP), Felix Meier (SVP), Francisca Schiess (SP), Ruth Widmer (SP).*

12. November 2008, 15:00 Uhr *Sibel Arslan (Grünes Bündnis), Claude François Beranek (LDP), Christian Egeler (FDP), Sebastian Frehner (SVP), Tommy Frey (SVP), Brigitte Hollinger (SP), Hans Rudolf Lüthi (DSP), Peter Malama (FDP), Felix Meier (SVP), Annemarie Pfeifer (EVP), Francisca Schiess (SP), Ruth Widmer (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|---|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung. | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte. | 3 |
| 3. | Bericht der Finanzkommission zum Ratschlag Nr. 08.0744.01 betreffend Kooperation Universitätsspital Basel (USB) und Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB), Transporttechnikanlagen im Universitätsspital Basel. | 4 |
| 4. | Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 08.0874.01 des Regierungsrates betreffend Finanzierung von Spitex-Dienstleistungen im Kanton Basel-Stadt. Kreditbewilligung betreffend Erneuerung des Subventionsvertrages mit Spitex Basel für die Jahre 2009 bis 2011. | 4 |
| 5. | Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2007. Partnerschaftliches Geschäft. | 5 |

6.	Bericht des Ratsbüros zu Änderungen des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) und der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB) vom 29. Juni 2006.	6
7.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 06.0285.02 zur Umsetzung der unformulierten Initiative "Zum Schutz der Naturgebiete entlang des Flusslaufs der Wiese als Lebensraum wildlebender Pflanzen und Tiere sowie als Naherholungsraum".	7
8.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag 08.0528.01/07.5151.03 betreffend Revision der Kantonsverfassung vom 23. März 2005 und zu einer Änderung des Wahlgesetzes sowie Bericht zur Motion Loretta Müller und Konsorten betreffend Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren sowie Bericht der Kommissionsminderheit.	10
11.	Neue Interpellationen.	17
9.	Ratschlag betreffend Gewährung eines Staatsbeitrages für die Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland für die Jahre 2009-2013.	18
10.	Bericht des Regierungsrates über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2007.	19
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	21
	Anhang B: Neue Vorstösse	XXXX

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[12.11.08 09:05:19, MGT]

Mitteilungen

Roland Stark, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neue Interpellationen

Es sind 9 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellation Nr. 72 wird mündlich beantwortet.

Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Vorstellung Theater Basel

Sie haben in den letzten Tagen per E-Mail über den Parlamentsdienst eine Einladung erhalten für den Besuch der Vorstellung "Wer hats erfunden - eine Schweizer Revue" mit Begleitung am Sonntagabend, 7. Dezember, 17.30 Uhr. Die Anmeldefrist läuft am nächsten Montag, 17. November, ab. Die können sich per E-Mail anmelden oder Ihre Anmeldung hier vorne bei Frau Canton deponieren.

Vorstellung des Datenschutzbeauftragten

Sie haben in den letzten Tagen den Bericht der Wahlvorbereitungskommission für die Wahl des Datenschutzbeauftragten erhalten. Die Wahl wird auf die Grossratssitzung vom 10. Dezember traktandiert. Am 8. Dezember um 16.00 Uhr, also vor den Fraktions-Sitzungen, wird Ihnen der Präsident der Wahlvorbereitungskommission den Kandidaten bei einem Apéro im Vorzimmer des Grossratssaals persönlich vorstellen. Sie werden dazu noch eine Einladung erhalten.

Freudige Ereignisse

Jan Goepfert hat dieser Tage einen runden Geburtstag gefeiert. Wir gratulieren ihm und er lädt dafür den Grossen Rat am Vormittag zum Kaffee ein (*Applaus*).

Emmanuel Ullmann wurde vor einigen Tagen Vater einer Tochter namens Amelia Deborah. Wir gratulieren den Eltern und wünschen der Tochter alles Gute auf ihrem Weg. Emmanuel Ullmann lädt uns dafür am Nachmittag zum Kaffee ein (*Heiterkeit und Applaus*).

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[12.11.08 09:08:10, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgendem Geschäft:

- Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Lukas Labhardt und Konsorten betreffend Trinationaler Hafenplanung und Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Ermittlung der Eignung von Teilen des Basler Hafens als Wohn-, Erholungs- und hafenumabhängige Gewerbestandorte (stehen lassen). (WSD, 05.8311.03, 05.8307.03)

3. Bericht der Finanzkommission zum Ratschlag Nr. 08.0744.01 betreffend Kooperation Universitätsspital Basel (USB) und Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB), Transporttechnikanlagen im Universitätsspital Basel.

[12.11.08 09:08:20, FKom, GD, 08.0744.02, BER]

Die Finanzkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 08.0744.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Susanna Banderet-Richner, Referentin der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zur Realisierung des Projektes "Kooperation Universitätsspital Basel (USB) und Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB), Transporttechnikanlagen im Universitätsspital Basel" wird ein Kredit von CHF 2'410'000, aufgeteilt auf die Jahre 2008 (CHF 1'200'000), 2009 (CHF 1'010'000) und 2010 (CHF 200'000), zulasten des Gesundheitsdepartements, Universitätsspital Basel, Budgetposition 731001001001 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

4. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 08.0874.01 des Regierungsrates betreffend Finanzierung von Spitex-Dienstleistungen im Kanton Basel-Stadt. Kreditbewilligung betreffend Erneuerung des Subventionsvertrages mit Spitex Basel für die Jahre 2009 bis 2011.

[12.11.08 09:13:26, GSK, GD, 08.0874.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 08.0874.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; Christine Locher-Hoch (FDP); Heiner Vischer (LDP); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Ziffer 2 des Entwurfs für den Grossratsbeschluss ist irrtümlicherweise in den Ratschlag und von dort in den Kommissionsbericht übernommen worden. Die Ermächtigung des Regierungsrates zur Einstellung von Mitteln ins Budget gehört nicht in die Kompetenz des Grossen Rates. Ziffer 2 wird deshalb gestrichen.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, in den Jahren 2009 - 2011 Beiträge an die Kosten von Spitex-Dienstleistungen von insgesamt maximal CHF57'560'000 (Rahmenkredit) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

5. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2007. Partnerschaftliches Geschäft.

[12.11.08 09:30:33, IGPK UKBB, GD, 08.0706.02, BER]

Die Interparlamentarische GPK UKBB des Grossen Rates und des Landrates des Kantons Basel-Landschaft beantragt, auf den Bericht 08.0706.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Martin Hug, Präsident der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel; Susanna Banderet-Richner (SP); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Philippe Pierre Macherel (SP); Martin Hug, Präsident der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Grosse Rat nimmt den Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2007 sowie zum externen Revisionsbericht zur Kenntnis.
2. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2007 werden genehmigt.
3. Der Rechnungsüberschuss in der Höhe von CHF 63'062 wird vollständig auf die neue Rechnung übertragen.
4. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Partnerkanton im gleichen Sinne entscheidet.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Bericht des Ratsbüros zu Änderungen des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) und der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB) vom 29. Juni 2006.

[12.11.08 09:49:24, Ratsbüro, 08.5265.01, BER]

Das Ratsbüro beantragt, auf den Bericht 08.5265.01 einzutreten und den vorgelegten Beschlussesentwürfen zuzustimmen.

Voten: *Andreas Burckhardt, Referent des Ratsbüros; Regierungspräsident Guy Morin; Andreas Burckhardt, Referent des Ratsbüros; Roland Stark, Grossratspräsident*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates

Titel und Ingress

I.

§ 52, Standesinitiativen

Abs. 1 - 2

Abs. 3

Antrag

Der Regierungsrat beantragt, in § 52 Abs. 3 den 2. Satz ersatzlos zu streichen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen, den Antrag des Regierungsrat abzulehnen.

Detailberatung

Abs. 4 - 5

§ 55, Parlamentarische Erklärung

II.

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zustimmung zu den Änderungen des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen sind im Kantonsblatt Nr. 88 vom 15. November 2008 publiziert.
--

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses zu den Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates

Titel und Ingress

I.

§ 26, Redezeit bei Interpellationen

§ 29 Abs. 2, Verbot von Zwischenfragen bei Interpellationen

§ 42a samt Titel, Parlamentarische Erklärung

§ 46a, finanzielle Kompetenzen der Kommissionen

§ 47 Abs. 3 wird der 2. Satz [streichen]

§ 48 [streichen]

II.

Publikationsklausel, Wirksamkeit

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zustimmung zu den Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates.

Die beschlossenen Änderungen der Ausführungsbestimmungen sind im Kantonsblatt Nr. 88 vom 15. November 2008 publiziert.
--

7. **Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 06.0285.02 zur Umsetzung der unformulierten Initiative "Zum Schutz der Naturgebiete entlang des Flusslaufs der Wiese als Lebensraum wildlebender Pflanzen und Tiere sowie als Naherholungsraum".**

[12.11.08 10:06:29, UVEK, BD, 06.0285.03, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 06.0285.03 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Roland Stark, Grossratspräsident: bringt dem Rat zur Kenntnis, dass BR Samuel Schmid soeben zurückgetreten ist.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Mirjam Ballmer (Grünes Bündnis); Eduard Rutschmann (SVP); Christoph Wydler (EVP); Beat Jans (SP); Helmut Hersberger (FDP)*

Einzelvoten

Voten: *Bruno Mazzotti (FDP)*

Zwischenfrage

von *Michael Martig (SP)*.

Schlussvoten

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

Zwischenfrage

von *Eduard Rutschmann (SVP)*.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Kenntnisnahme des Ratschlags

Ziffer 2, Umsetzung der Wiese-Initiative, Kredit von CHF 2.01 Mio.

Ziffer 3, Abzug Bundesbeitrag

Ziffer 4, Landschaftsrichtplan "Landschaftspark Wiese"

Antrag

Die SVP Fraktion beantragt, Ziffer 4 zu streichen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, Ziffer 4 nicht zu streichen.

Antrag

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt die Aufnahme von Ziffer 5-7 wie folgt:

5. Der Regierungsrat wird gebeten, den Landschaftsrichtplan "Landschaftspark Wiese" integral, mit den Entwicklungsabsichten im kantonalen Richtplan festzusetzen.

6. Bis 2010 werden ein "Erholungsnutzungskonzept" sowie ein "Aufwertungskonzept Natur" mit Massnahmen, Zeitplan und Finanzierungsvorschlag für die Wiese-Ebene vorgelegt.

7. Bis 2010 wird ein Konzept "WieseVital" vorgelegt, das mit Zeitplan und Finanzierungsvorschlag (Renaturierungsfonds) die Massnahmen zur Gewässeraufwertung und insbesondere auch Massnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität darstellt.

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis)*

Detailberatung

Ziffer 5, Landschaftspark Wiese im kantonalen Richtplan

Ziffer 6, Erholungsnutzungskonzept und Aufwertungskonzept Natur

Ziffer 7, Konzept "WieseVital"

Der Grosse Rat beschliesst

mit 73 gegen 22 Stimmen, Ziffer 5 in den Beschluss aufzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 23 Stimmen, Ziffer 6 in den Beschluss aufzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 21 Stimmen, Ziffer 7 in den Beschluss aufzunehmen.

Detailberatung

Publikationsklausel und Referendumsvorbehalte gemäss IRG.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Vom vorliegenden Ratschlag zur Umsetzung der unformulierten Initiative "Zum Schutze der Naturgebiete entlang des Flusslaufs der Wiese als Lebensraum wildlebender Pflanzen und Tiere sowie als Naherholungsraum" (Wiese-Initiative) wird Kenntnis genommen.
2. In Umsetzung der Wiese-Initiative wird ein Kredit von CHF 2'010'000 (Index BFS, NWCH, April 2007) bewilligt. Dieser Kredit wird eingestellt zu Lasten der Investitionsrechnung im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur
 - für das Revitalisierungsprojekt "Ausdolung und Gerinneverlegung des Alten Teichs im Gebiet Grendelmatte" mit CHF 1'070'000 (Pos. Nr. 6170.200.20.000) für die Jahre 2010 und 2011
 - für das Revitalisierungsprojekt "Aufwertung des Otterbachgebiets durch offene Führung des Otterbachs zur Wiese östlich der Freiburgerstrasse" mit CHF 940'000 (Pos. Nr. 6170.200.20.000) für die Jahre 2010 und 2011.
3. Ein allfälliger Beitrag des Bundes ist vom bewilligten Kredit in Abzug zu bringen.
4. Der Regierungsrat integriert den Landschaftsrichtplan "Landschaftspark Wiese" in die bevorstehende Zonenplanrevision.
5. Der Regierungsrat wird gebeten, den Landschaftsrichtplan "Landschaftspark Wiese" integral, mit den Entwicklungsabsichten im kantonalen Richtplan festzusetzen.
6. Bis 2010 werden ein "Erholungsnutzungskonzept" sowie ein "Aufwertungskonzept Natur" mit Massnahmen, Zeitplan und Finanzierungsvorschlag für die Wiese-Ebene vorgelegt.
7. Bis 2010 wird ein Konzept "WieseVital" vorgelegt, das mit Zeitplan und Finanzierungsvorschlag (Renaturierungsfonds) die Massnahmen zur Gewässeraufwertung und insbesondere auch Massnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität darstellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Wird die Wiese-Initiative nicht zurückgezogen, ist er den Stimmberechtigten in Ausführung von § 22 Abs. 4 des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum zum definitiven Entscheid über die Wiese-Initiative vorzulegen. Wird die Initiative zurückgezogen, unterliegt er dem Referendum.

8. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag 08.0528.01/07.5151.03 betreffend Revision der Kantonsverfassung vom 23. März 2005 und zu einer Änderung des Wahlgesetzes sowie Bericht zur Motion Loretta Müller und Konsorten betreffend Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren sowie Bericht der Kommissionsminderheit.

[12.11.08 11:01:31, JSSK, JD, 08.0528.02 / 07.5151.04, BER]

Die **Kommissionsmehrheit** der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) beantragt, auf den Bericht 08.0528.02 **nicht einzutreten**.

Die **Kommissionsminderheit** der JSSK beantragt, auf den Bericht 08.0528.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Kommissionsmehrheit und Kommissionsminderheit beantragen, die Motion Loretta Müller und Konsorten betreffend Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren (07.5151) abzuschreiben.

Roland Stark, Grossratspräsident: Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Eintretensdebatte, Entscheid über Eintreten; evtl. Detailberatung Verfassungsänderung und Abstimmung; evtl. Detailberatung Gesetzesänderungen und Abstimmung; Abschreibung Motion Müller.

Voten: *Conradin Cramer, Referent der Kommissionsmehrheit; Tanja Soland, Referentin der Kommissionsminderheit; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Loretta Müller (Grünes Bündnis); Emmanuel Ullmann (FDP); Franziska Reinhard (SP); Alexander Gröflin (SVP)*

Zwischenfrage

von Anita Heer (SP).

Voten: *Urs Joerg (EVP)*

Zwischenfrage

von Beatriz Greuter (SP).

Voten: *Patricia von Falkenstein (LDP)*

Sitzungsunterbruch

11:59 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung

Mittwoch, 12. November 2008, 15:00 Uhr

Fortsetzung der Beratungen

zu Trakt. 8, Bericht der JSSK 08.0528.02 zum Ratschlag betreffend Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren, Eintretensdebatte.

Einzelvoten

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); André Weissen (CVP); Remo Gallacchi (CVP); Jürg Meyer (SP); Baschi Dürr (FDP); Ernst Jost (SP); Thomas Baerlocher (SP); Helmut Hersberger (FDP); Oswald Inglin (CVP); Greta Schindler (SP); Heinrich Ueberwasser (EVP)*

Zwischenfrage

von Remo Gallacchi (CVP).

Voten: *Mirjam Ballmer (Grünes Bündnis)*

Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Tanja Soland, Referentin der Kommissionsminderheit; Conradin Cramer, Referent der Kommissionsmehrheit*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Namensaufruf mit 67 gegen 48 Stimmen, auf den Bericht **einzutreten**.

Mit Ja haben gestimmt (67):

Elisabeth Ackermann (Grünes Bündnis), Beatrice Alder (Grünes Bündnis), Hermann Amstad (SP), Mustafa Atici (SP), Kurt Bachmann (fraktionslos), Thomas Baerlocher (SP), Mirjam Ballmer (Grünes Bündnis), Susanna Banderet (SP), Hans Baumgartner (SP), Markus Benz (DSP), Sibylle Benz (SP), Maria Berger (SP), Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis), Andrea Bollinger (SP), Ugur Camilibel (Grünes Bündnis), Lukas Engelberger (CVP), Roland Engeler (SP), Stephan Gassmann (CVP), Brigitta Gerber (Grünes Bündnis), Jan Goepfert (SP), Beatriz Greuter (SP), Doris Gysin (SP), Karin Haeberli (Grünes Bündnis), Rolf Häring (Grünes Bündnis), Anita Heer (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Oswald Inglin (CVP), Beat Jans (SP), Peter Jenni (fraktionslos), Ernst Jost (SP), Hasan Kanber (SP), Christine Keller (SP), Dominique König (SP), Tino Krattiger (SP), Roland Lindner (SVP), Christine Locher (FDP), Martin Lüchinger (SP), Stephan Luethi (SP), Philippe Machereel (SP), Pius Marrer (CVP), Michael Martig (SP), Ursula Metzger (SP), Jürg Meyer (SP), Heidi Mück (Grünes Bündnis), Loretta Müller (Grünes Bündnis), Urs Müller (Grünes Bündnis), Gülsen Oeztürk (SP), Erika Paneth (SP), Annemarie Pfister (Grünes Bündnis), Franziska Reinhard (SP), Eveline Rommerskirchen (Grünes Bündnis), Tobit Schäfer (SP), Helen Schai (CVP), Greta Schindler (SP), Tanja Soland (SP), Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis), Brigitte Strondl (SP), Bruno Suter (SP), Sabine Suter (SP), Gisela Traub (SP), Mehmet Turan (SP), Heinrich Ueberwasser (EVP), Jörg Vitelli (SP), Guido Vogel (SP), Esther Weber (SP), André Weissen (CVP), Michael Wüthrich (Grünes Bündnis).

Mit Nein haben gestimmt (48):

Andreas Albrecht (LDP), Andreas Burckhardt (LDP), Toni Casagrande (SVP), Conradin Cramer (LDP), Baschi Dürr (FDP), Stephan Ebner (CVP), Remo Gallacchi (CVP), Alexander Gröflin (SVP), Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis), Patrick Hafner (SVP), Christophe Haller (FDP), Helmut Hersberger (FDP), Oskar Herzig (SVP), Christine Heuss (FDP), Suzanne Hollenstein (LDP), Martin Hug (LDP), Bruno Jagher (SVP), Rolf Janz (SVP), Urs Joerg (EVP), Rolf Jucker (FDP), Thomas Mall (LDP), Arthur Marti (FDP), Stephan Maurer (DSP), Bruno Mazzotti (FDP), Ernst Mutschler (FDP), Lorenz Nägelin (SVP), Giovanni Nanni (FDP), Markus G. Ritter (FDP), Marcel Rünzi (CVP), Eduard Rutschmann (SVP), Urs Schweizer (FDP), Dieter Stohrer (EVP), Daniel Stolz (FDP), Thomas Strahm (LDP), Rolf Stürm (FDP), Gabriele Stutz-Kilcher (CVP), Emmanuel Ullmann (FDP), Andreas Ungricht (SVP), Heiner Vischer (LDP), Rudolf Vogel (SVP), Roland Vöggtli (FDP), Rolf von Aarburg (CVP), Annemarie von Bidder (EVP), Patricia von Falkenstein (LDP), Christine Wirz (LDP), Christoph Wydler (EVP), Angelika Zanolani (SVP), Peter Zinkemagel (LDP).

Stimmenthaltungen: keine

Abwesende (14):

Sibel Arslan (Grünes Bündnis), Claude François Beranek (LDP), Christian Egeler (FDP), Felix Eymann (DSP), Sebastian Frehner (SVP), Tommy Frey (SVP), Brigitte Hollinger (SP), Hans Rudolf Lüthi (DSP), Peter Malama (FDP), Felix Meier (SVP), Annemarie Pfeifer (EVP), Martina Saner (SP), Francisca Schiess (SP), Ruth Widmer (SP).

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses zur Änderung der Kantonsverfassung

Titel und Ingress

I. § 40 Abs. 1, Stimmrechtsalter 16

Detailberatung

Abs. 2, kommunales Stimmrecht

Baschi Dürr (FDP): beantragt in § 40 Abs. 2 letzter Satz den zweiten Satzteil ("und auf solche beschränken, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben") zu streichen und § 41 lit. b das passive Wahlrecht auf 16 Jahre festzulegen sowie zur Bereinigung der Vorlage eine zweite Lesung durchzuführen.

Voten: *Thomas Baerlocher (SP); Lukas Engelberger (CVP)*

Zwischenfrage

von Andreas Burckhardt (LDP) und Eduard Rutschmann (SVP).

Voten: *Loretta Müller (Grünes Bündnis); André Weissen (CVP); Andreas Burckhardt (LDP); Emmanuel Ullmann (FDP); Conradin Cramer, Referent der Kommissionmehrheit*

Zwischenfrage

von Ernst Jost (SP).

Voten: *Baschi Dürr (FDP)*

Zwischenfrage

von Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis).

Voten: *Tanja Soland, Referentin der Kommissionsminderheit*

Zwischenfrage

von Andreas Burckhardt (LDP).

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 59 gegen 46 Stimmen, den Antrag von Baschi Dürr **abzulehnen**.

Marcel Rünzi (CVP): Marcel Rünzi beantragt, in Abs. 2 "Die Einwohnergemeinden" durch "Die Gemeinden" zu ersetzen.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Tanja Soland, Referentin der Kommissionsminderheit; Conradin Cramer, Referent der Kommissionmehrheit*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen, dem Antrag von Marcel Rünzi zuzustimmen.

§ 40 Abs. 2 der Kantonsverfassung lautet wie folgt:

Die Gemeinden können das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten auf weitere Einwohner und Einwohnerinnen ausdehnen und auf solche beschränken, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

Detailberatung

§ 41 lit. b sowie § 70 Abs. 1, passives Wahlrecht

II. obligatorisches Referendum, Wirksamkeit, Gewährleistung des Bundes.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 64 gegen 38 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 wird wie folgt geändert:

§ 40 erhält folgende neue Fassung:

§ 40. Stimmberechtigt ist, wer das Schweizerbürgerrecht besitzt, das 16. Altersjahr zurückgelegt hat, im Kanton Basel-Stadt politischen Wohnsitz hat und nicht wegen psychischer Krankheit oder geistiger Behinderung entmündigt ist.

² Die Gemeinden können das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten auf weitere Einwohner und Einwohnerinnen ausdehnen und auf solche beschränken, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

§ 41 lit. b. erhält folgende neue Fassung:

- b. Wahlvorschläge einzureichen, zu wählen und, wenn sie das 18. Altersjahr zurückgelegt haben, in öffentliche Ämter gewählt zu werden,

§ 70 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

§ 70. Alle im Kanton Stimmberechtigten sind, wenn sie das 18. Altersjahr zurückgelegt haben, in den Grossen Rat, in den Regierungsrat und in die Gerichte wählbar.

II.

Diese Änderung ist zu publizieren und der Gesamtheit der Stimmberechtigten zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Der Regierungsrat bestimmt nach Eintritt der Rechtskraft den Zeitpunkt der Wirksamkeit. Diese Änderung bedarf der Gewährleistung des Bundes.

Die beschlossenen Änderungen der Kantonsverfassung sind im Kantonsblatt Nr. 88 vom 15. November 2008 publiziert.
--

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses zur Änderung des Wahlgesetzes und weiterer Gesetze

Titel und Ingress

Römisch I (Wahlgesetz):

§ 3

§ 11 Abs. 1

§ 13 Abs. 1

Römisch II (Änderung anderer Erlasse):

1. Ombudsman-Gesetz
2. Gerichtsorganisationsgesetz
3. Schlichtungsstellengesetz
4. Schulgesetz
5. Enteignungsgesetz
6. Gesetz betreffend das ständige staatliche Einigungsamt

Römisch III: Publikationszeitpunkt, Wirksamkeit und Verfassungsvorbehalt

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Das Gesetz über Wahlen und Abstimmungen (Wahlgesetz) vom 21. April 1994 wird wie folgt geändert:

§ 3 erhält folgende neue Fassung:

§ 3. Stimmberechtigt ist, wer das 16. Altersjahr zurückgelegt hat und nicht nach Art. 369 ZGB entmündigt ist.

§ 11 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

§ 11. Betrieb und Ordnung in den Wahllokalen werden einem aus mindestens drei in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten und wählbaren Mitgliedern bestehenden Wahlbüro übertragen.

§ 13 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

§ 13. Der Regierungsrat wählt Stimmberechtigte, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben, welche die Durchführung der Urnengänge in den einzelnen Wahllokalen sowie die Ermittlung der Ergebnisse beobachten.

II.

Änderung anderer Erlasse

1. Das Gesetz betreffend die Beauftragte/den Beauftragten für das Beschwerdewesen (Ombudsman) des Kantons Basel-Stadt vom 13. März 1986 wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1 erster Satz erhält folgende neue Fassung:

§ 2. Die Beauftragte/der Beauftragte für das Beschwerdewesen (Ombudsman) wird vom Grossen Rat aus den in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten und wählbaren Personen mit dem absoluten Mehr seiner Mitglieder auf eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt.

2. Das Gesetz betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 27. Juni 1895 wird wie folgt geändert:

§ 7 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

§ 7. Wählbar als Richter oder Ersatzrichter sind die in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten und wählbaren Personen.

3. Das Gesetz über die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten (Schlichtungsstellengesetz) vom 8. Februar 1995 wird wie folgt geändert:
§ 5 Abs. 2 erhält folgende neue Fassung:
² Wahlbehörde ist der Regierungsrat; wählbar sind die in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten und wählbaren Personen. Der Regierungsrat wählt die notwendigen Ersatzmitglieder.

4. Das Schulgesetz vom 4. April 1929 wird wie folgt geändert:
§ 83 lit. a) erhält folgende neue Fassung:
a) im Kanton niedergelassene Schweizer Bürger, die im Besitze des Aktivbürgerrechts sind und das 18. Altersjahr zurückgelegt haben;

5. Das Gesetz über Enteignung und Impropiation (Enteignungsgesetz) vom 26. Juni 1974 wird wie folgt geändert:
§ 31 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:
§ 31. Die Expropriationskommission wird durch das Zivilgericht gewählt. Ihre Mitglieder müssen im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigt und in öffentliche Ämter wählbar sein. Die Amtsdauer ist sechs Jahre. Wiederwahl ist möglich.

6. Das Gesetz betreffend das ständige staatliche Einigungsamt vom 9. November 1911 wird wie folgt geändert:
§ 10 Abs. 2 erhält folgende neue Fassung:
² Der Regierungsrat wählt aus den in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten und wählbaren Personen, die weder Geschäftsinhaber noch Arbeiter sind, die drei ständigen Mitglieder und neun ständige Ersatzmänner.

III.

Diese Änderung ist mit Eintritt der Wirksamkeit der Änderung vom 12. November 2008 der §§ 40, 41 und 70 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und wird mit Eintritt der Rechtskraft wirksam. Falls die Änderung der §§ 40, 41 und 70 der Kantonsverfassung nicht rechtskräftig wird, fällt die vorliegende Änderung dahin.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen werden im Kantonsblatt publiziert, wenn die Verfassungsänderungen in der Volksabstimmung angenommen wurden.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Motion Loretta Müller und Konsorten betreffend Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren (07.5151) als erledigt abzuschreiben.

Die Motion 07.5151 ist **erledigt**.

11. Neue Interpellationen.

[12.11.08 16:52:40]

Interpellation Nr. 67 Rolf Jucker betreffend Parkhaus an der Dufourstrasse

[12.11.08 16:52:41, BD, 08.5272, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 68 Sebastian Frehner betreffend Einbürgerung trotz Sozialhilfeabhängigkeit oder trotz gewährtem Steuererlass (zweiter Versuch)

[12.11.08 16:53:09, JD, 08.5278, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 69 Heidi Mück betreffend Standort des "Soup&Chill" beim Bahnhof SBB

[12.11.08 16:53:27, JD, 08.5279, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Interpellation Nr. 70 Roland Vögtli für eine sofortige Öffnung der Ausfahrt Klybeck!

[12.11.08 16:55:00, BD, 08.5280, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 71 Peter Malama "Keine Steuererhöhungen für Basler KMU!" Verzicht auf die Einführung der "Wegleitung zur Bewertung von Wertpapieren ohne Kurswert für die Vermögenssteuer" per 1. Januar 2009

[12.11.08 16:55:08, FD, 08.5282, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 72 Thomas Baerlocher betreffend Kantonalbank-Entscheidungspolitik im Lichte der Finanzsystemkrise

[12.11.08 16:55:21, FD, 08.5283, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Thomas Baerlocher (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **XXX befriedigt**.

Die Interpellation 08.5283 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 73 Patrizia Bernasconi betreffend Redimensionierung Messebau

[12.11.08 17:03:14, WSD, 08.5284, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 74 Heiner Vischer zur Strompreiserhöhung durch die IWB

[12.11.08 17:03:32, BD, 08.5285, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Heiner Vischer (LDP)*

Interpellation Nr. 75 Heinrich Ueberwasser betreffend Abweichungen vom Bebauungsplan beim Messeneubau

[12.11.08 17:04:40, WSD, 08.5286, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Heinrich Ueberwasser (EVP)*

9. Ratschlag betreffend Gewährung eines Staatsbeitrages für die Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland für die Jahre 2009-2013.

[12.11.08 17:06:51, RegioKo, WSD, 08.1536.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Regiokommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 08.1536.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Hermann Amstad, Präsident der Regiokommission; Rolf Häring (Grünes Bündnis)*

Eduard Rutschmann (SVP): beantragt, einen jährlichen Kredit von lediglich CHF 1'500'000 zu bewilligen.

Voten: *Christoph Wydler (EVP); Beatriz Greuter (SP); Helmut Hersberger (FDP); Jürg Meyer (SP); Brigitta Gerber (Grünes Bündnis); Alexander Gröflin (SVP); Rolf Häring (Grünes Bündnis)*

Zwischenfrage

von *Alexander Gröflin (SVP)*.

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Hermann Amstad, Präsident der Regiokommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Antrag

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt folgenden Beschluss: Für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland wird für die Jahre 2009 - 2013 ein jährlicher Kredit von **CHF 2'000'000** bewilligt.

Die SVP Fraktion beantragt, einen jährlichen Kredit von nur **CHF 1'500'000** zu bewilligen.

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter mit 52 gegen 19 Stimmen, den Antrag der Fraktion Grünes Bündnis (CHF 2'000'000) demjenigen der SVP vorzuziehen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 47 gegen 43 Stimmen, den Antrag der Fraktion Grünes Bündnis abzulehnen.

Damit beträgt der jährliche Beitrag CHF 1'650'000.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland wird für die Jahre 2009 - 2013 ein jährlicher Kredit von CHF 1'650'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

10. Bericht des Regierungsrates über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2007.

[12.11.08 17:44:25, WSD, 08.1152.01, SCH]

Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat den Bericht der Fluglärmkommission zusammen mit seiner eigenen Stellungnahme (08.1152.01) zur Kenntnis gebracht.

Der Grosse Rat hat am 15. Oktober 2008, also an der letzten Sitzung, beschlossen, den Bericht der Fluglärmkommission und die Stellungnahme des Regierungsrates zu traktandieren. Beschlüsse sind keine zu fassen.

Das Geschäft wird als Sachgeschäft behandelt. Demnach hat der Vertreter des Regierungsrates das erste Votum und das Schlusswort, dazwischen sprechen die Fraktionssprechenden und allfällige Einzelsprechende.

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Eveline Rommerskirchen (Grünes Bündnis)*

Sitzungsunterbruch

Fortsetzung der Beratungen am Mittwoch, 19. November 2008, 09:00 Uhr.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen

- Schriftliche Anfrage Ernst Jost zur Situation auf dem südlichen Trottoir der Güterstrasse (08.5289.01).
- Schriftliche Anfrage Christine Keller betreffend Geldflüsse zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft (08.5290.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Sitzungsende

18:02 Uhr.

Basel, 12. November 2008

Roland Stark
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär